

# Kantone wollen günstigere Krippen-Tarife

Die Eltern müssen zu viel für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen, sagen die Sozialdirektoren. Sie streben eine Senkung der Beiträge an. Arbeitgeber begrüssen das

NZZ am Sonntag, 4.10.2020



Rund zwei Drittel der externen Betreuungskosten bezahlen die Eltern: Kinder einer Zürcher Krippe beim Zvieri. (9. Juli 2020)

## René Donzé

Je nachdem, wo Eltern wohnen, haben sie mehr oder weniger Glück, wenn sie einen Kita-Platz suchen. Das Angebot und die Tarife variieren von Kanton zu Kanton stark. So hat die Waadt doppelt so viele Kitas pro 1000 Kinder wie etwa Zürich und viermal mehr als Graubünden. Stark unterschiedlich sind auch die Beiträge, die von den Eltern verlangt werden. Obwalden legt das Maximum bei 128 Franken pro Tag fest, Neuenburg bei 85 Franken. Sehr viele Kantone kennen keine Höchstwerte. Nicht einmal der Betreuungsschlüssel ist einheitlich geregelt: In der Romandie sind die Mitarbeiterinnen besser ausgebildet, haben aber mehr Kinder zu betreuen als ihre Kolleginnen in der Deutschschweiz.

Das zeigt ein Bericht, der erstmals landesweit die Situation der Kitas analysiert und der dieser Zeitung vorliegt. Erstellt wurde er im Auftrag der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren. «Es ist wichtig, dass die Kantone hier Spielraum haben», sagt der Obwaldner Regierungsrat Christoph Amstad (cvp.), Vizepräsident der Konferenz. «Allerdings wäre es wünschenswert, wenn es schweizweit eine gewisse Gerechtigkeit gäbe für die Familien in Bezug auf das Angebot und die Tarife der Kindertagesstätten.»

## Jedes dritte Kind in Kita

Gerechter heisst für Amstad auch günstiger: «Wir streben eine zusätzliche finanzielle Entlastung der Eltern an, die ihre Kinder extern betreuen lassen.» Aus seiner Sicht müssten vor allem ärmere und bildungsfernere Familien im Fokus stehen, um

soziale Ungleichheiten abzufedern. In der Schweiz bezahlen die Eltern, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, noch immer den grössten Teil der familienexternen Betreuungskosten. Im Durchschnitt beträgt ihr Anteil rund zwei Drittel. Amstads Solothurner Kollegin Susanne Schaffner (sp.) sieht es ähnlich: «Ich wünsche mir einen schweizweiten Konsens darüber, wie die Eltern finanziell entlastet werden können», sagt sie. «Die Umsetzung muss aber den Kantonen überlassen werden.» Offen bleibt die Frage, wer für die Entlastung aufkommen soll.

Der Bericht zeichnet nicht nur einen Schweizer Flickenteppich betreffend Angebot, Tarif und Betreuungsschlüssel, er zeigt auch auf, dass sich in den letzten Jahren einiges getan hat in Bezug auf Kindertagesstätten. So machen alle Kantone Vorgaben zur Quali-

tät der Kinderbetreuung, und sie verlangen pädagogische Konzepte. Mittlerweile gibt es in der ganzen Schweiz rund 3200 Betreuungseinrichtungen mit rund 100 000 Plätzen. Die Sozialdirektoren gehen davon aus, dass landesweit 180 000 bis 200 000 Kinder in einer Kita betreut werden – das ist jedes dritte Kind. Dabei handelt es sich vor allem um Kinder im Vorschulalter. Einige Kantone haben die Abgrenzung jedoch nicht klar vorgenommen.

## Bundesrat in der Pflicht

Die Erhebung dient den Sozialdirektoren als Basis für weitere Schritte zur Verbesserung und Harmonisierung der Schweizer Kita-Landschaft. «Wir prüfen, ob wir konkrete Empfehlungen an die Kantone abgeben sollen, um eine Verbesserung in Bezug auf das Angebot und die Finanzierung zu erreichen», sagt Chris-

toph Amstad. Dies soll in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektorenkonferenz geschehen. Reto Furer, der dort für das Thema zuständig ist, sagt, die Konferenz wolle im Tätigkeitsprogramm 2021 bis 2024 «einen Fokus auf die frühe Förderung und Betreuung legen – als wichtiges Element eines chancengerechten Bildungssystems.»

An Dynamik gewonnen hat das Thema auch auf Bundesebene. Nachdem die Stimmberechtigten am Sonntag die Kinderabzüge abgelehnt haben – von denen vor allem gut Verdienende profitiert hätten – fordern nun Politiker andere Massnahmen zur Entlastung berufstätiger Eltern. «Im Sinne der Chancengerechtigkeit wäre es am sinnvollsten, wenn Kitas schweizweit gratis wären», sagt Nationalrat Matthias Aebischer (sp.). Kathrin Bertschy (glp.), Co-Präsidentin des Frauendachverbandes Allianz F, fordert eine «klare Reduktion der Kita-Tarife», so dass sich die Arbeit für beide Elternteile auch lohne.

Bertschy begrüsst zwar das Engagement der Kantone, sieht aber bei der Finanzierung auch den Bund in der Verantwortung. Darum hat die Allianz darauf gedrängt, dass die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Legislaturplanung des Bundesrates aufgenommen wird. In der Herbstsession haben die Räte dem Bundesrat diesen Auftrag erteilt. Bertschy ist zudem Mitglied einer überparteilichen Allianz, deren Leitung Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt hat (Interview rechts). Dieser begrüsst Bestrebungen zur Senkung der Kita-Kosten. Er sieht aber die Kantone in der Verantwortung und nicht den Bund.

## Arbeitgeber

### «Lücken schliessen»

Die Arbeitgeber fordern mehr Harmonisierung der Kitas zwischen den Kantonen. Der Bund müsse nun Tagesschulen fördern.

### Herr Vogt, Sie leiten die überparteiliche Allianz für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was sagen Sie zum Bericht über die Situation der Kitas?

Wir begrüssen diese Gesamtschau. 100 000 Plätze zeigen die positive Entwicklung, die in den letzten Jahren angestossen wurde. Der Bericht zeigt aber auch, dass noch ein grosser Harmonisierungsbedarf zwischen den Kantonen besteht.

### Was muss getan werden?

Es muss den Kantonen und Gemeinden gelingen, die Lücken im Angebot zu schliessen und die Elternbeiträge weiter zu reduzieren. Die finanzielle Belastung der Eltern für die familienexterne Betreuung ist noch zu hoch.

### Stehen hier nicht auch die Arbeitgeber in der Pflicht?

Das Bereitstellen von genügend und guten Kitas ist nicht die Aufgabe der Wirtschaft. Es ist eine Infrastrukturaufgabe der öffentlichen Hand. Wir unterstützen das Anliegen aber politisch und kommunikativ.

### Kitas helfen im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Eltern



Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbandes.

### Können mehr arbeiten, wenn die Kinderbetreuung gesichert ist.

Das stimmt. Die Unternehmer profitieren aber auch von anderen öffentlichen Einrichtungen, etwa Schulen. Dennoch müssen sie diese nicht selber direkt finanzieren. Indirekt aber schon – über ihre Steuern und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die wieder zu mehr Steuern führen. Es gibt aber Kantone, wo Firmen Kitas mitfinanzieren. Sie werden dort aber dafür steuerlich entlastet.

### Braucht es Gratis-Kitas für alle?

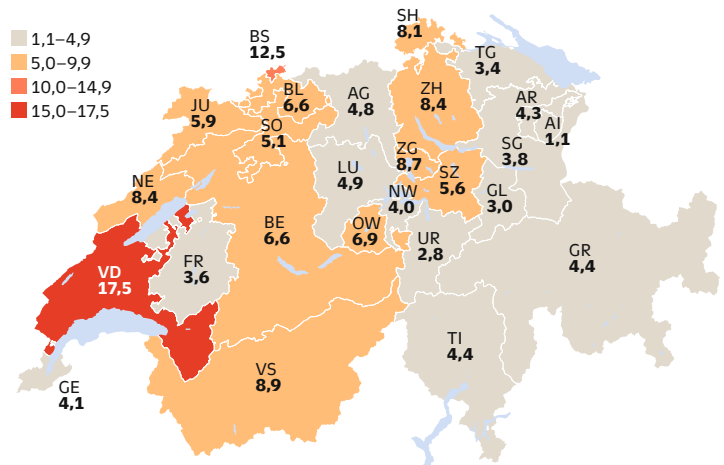
Diese Forderung der Linken ist zu radikal und zu teuer. Dazu kommt, dass der Bund die falsche Ebene für solche Anliegen ist.

### Der Bund hat ja über Jahre den Aufbau von Kitas mitfinanziert.

Das stimmt, die letzte Tranche läuft bis 2023. Doch danach ist es nicht mehr nötig. Die nächste Baustelle sind die Tagesschulen. Diesbezüglich ist die Schweiz ein Entwicklungsland. Vielleicht kann der Bund hier für Impulse sorgen. Interview: René Donzé

## Im Westen mehr Krippen

Anzahl Kindertagesstätten pro 1000 Kinder in den Kantonen



Quelle: Konferenz der Kantonalen Sozialdirektoren (SODK), 2020